

**Zeitschrift:** Schweizerische Bauzeitung  
**Herausgeber:** Verlags-AG der akademischen technischen Vereine  
**Band:** 68 (1950)  
**Heft:** 50

**Artikel:** Deutsche Städte im Wiederaufbau  
**Autor:** Türlér, Max  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-58129>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die örtliche Bauleitung besorgte das Brückenbau-bureau der SBB in Zürich. Die Bauarbeiten wurden durch die Firma J. Biland & Cie. in Baden ausgeführt.

#### Literaturverzeichnis

- Angelius*: Ueber die elastische Deformation parallelogrammförmiger Platten; «Bauingenieur» 1939.  
*R. Seiler*: Ueber die Berechnung schiefer Eisenbetonbalkenbrücken; W. Ernst & Sohn, 1939.  
*Craemer*: Die Beanspruchung schiefwinkliger Balken- und Rahmenbrücken unter senkrechten Lasten; «Bauingenieur» 1939.  
*Craemer*: Die Beanspruchung von durch Scheiben verbundenen Rahmengruppen unter waagrechten Riegelasten; «Bauingenieur» 1938.  
*H. Vogt*: Beitrag zur Berechnung schiefwinkliger Platten; Dissertation Hannover 1939.  
*H. Vogt*: Die Berechnung schiefwinkliger Platten und plattenartiger Brückensysteme; «Beton und Eisen» 1940.  
*Walter Klug*: Berechnung schiefer Bogen und Gewölbe; «Beton und Eisen» 1940.  
*H. Favre*: Contribution à l'étude des plaques obliques; «Schweiz. Bauzeitung» 1942.  
*F. L. Ehassz*: Structural Skew Plates; «Paper American Society of Civil Engineers» 1945.

## Deutsche Städte im Wiederaufbau DK 711.4(43)

Von Stadtbaumeister MAX TÜRLE, Luzern (Forts. von S. 684)

Die «Gesamtdutsche Städtebautagung», die vom «Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung» einberufen und mit Unterstützung des Magistrats von Grossberlin durchgeführt wurde, war von gegen 700 Fachleuten aus Berlin, West- und Ostdeutschland und dem Ausland besucht. Hier wurden die Wohn- und Bausorgen des deutschen Volkes eindrücklich dargelegt, gleichzeitig aber auch von in- und ausländischen Referenten Wege zu einem bessern und zweckmässigeren Wiederaufbau gewiesen<sup>9)</sup>. Das heisse Verlangen der Berliner Bevölkerung nach einer Wiederbelebung der stark darniederliegenden Wirtschaft und der lebhaft Wunsch nach einem baldigen Anschluss an ein geeintes Deutschland, als dessen Mittelpunkt Berlin sich heute noch fühlt, fand in den Eröffnungsworten von Oberbürgermeister Prof. Reuter zu dieser Tagung beredten Ausdruck.

Der politische und wirtschaftliche Riss geht mitten durch die Stadt. Der Sitz der Verwaltung, die Hauptgeschäftsviertel und die einstigen kulturellen Zentren (Unter den Linden, Friedrichstrasse, Wilhelmstrasse und Leipzigerstrasse) liegen im Ostsektor. Sie sind, wie auch der «Alte Westen», sehr stark zerstört. Dagegen blieben die Randgebiete im Süden und Südwesten ziemlich unberührt, so machen z. B. die Siedlungen der GAGFAH inmitten luftiger Kiefernwälder noch heute einen vorzüglichen Eindruck. Auch die zahlreichen Schrebergärten in den verschiedensten Stadtgegenden werden sehr gut unterhalten. Ihre Gartenlauben sind vielfach zu Notwohnungen ausgebaut worden.

Wie ungeheuer die Zerstörungen und ihre Begleiterscheinungen sind, zeigte mit erschreckender Eindringlichkeit eine im Anschluss an die erwähnte Tagung von der Stadtverwaltung veranstaltete *Rundfahrt* durch die Westsektoren und die von dieser Seite bekanntgegebenen Zahlen<sup>10)</sup>. Rund 1/2 Mio Wohnungen, ein Drittel des Bestandes von 1939, wurde vernichtet. Der Schaden an nachträglich durch Witterungseinflüsse zerstörten Gebäuden wird auf 500 Mio DM geschätzt. Die Demontagen von Industrieanlagen erreichten fast 80 %, die Produktionsstätten für Bauindustrie um Berlin wurden restlos aufgelöst. Von 2,5 Mio derzeitigen Einwohnern sind 330 000 arbeitslos, darunter befinden sich etwa 70 000 Angehörige der Stadtverwaltung.

Vor dem Kriege standen in 600 Schulhäusern über 13 000 Klassenräume zur Verfügung, heute in 400 Gebäuden noch 4600. Die Schülerzahl je Klasse ist i. M. von 26 auf 60 gestiegen, ja sogar auf 80 bis 110, so dass teilweise Zwei- und Dreischichtenbetrieb nötig wurde. Während 1936 rd. 43 000 Krankenbetten vorhanden waren, sind es heute noch deren 9000. Unter den Schulkindern dürften heute 55 % tuberkulosegefährdet oder gar -krank sein. Die Zahl der Studenten der Technischen Lehranstalten hat um 25 % zugenommen, während der verfügbare Raum auf die Hälfte zurückgegangen ist. Von den öffentlichen Theatern und Opernhäusern hat keines den Krieg überlebt. Ämter und öffentliche Betriebe

sind grösstenteils in Privathäusern untergebracht, was an Mieten eine Summe von 3 Mio DM ausmacht.

Die bisherigen Anstrengungen und die erreichten Leistungen verdienen hohe Anerkennung. Dank einer produktiven Erwerbslosenfürsorge gelang es, unter starker Beteiligung der Berliner Frauen, die riesigen *Schuttberge* weitgehend abzutragen und sukzessive in Grünanlagen umzuwandeln. In Westberlin wurden allein 450 ha öffentliche Grünflächen (darunter 200 Kinderspielplätze) wiederhergestellt. Ihre Wiederinstandstellung ist eine hygienische und psychologische Notwendigkeit, da die alten Ausflugsziele grösstenteils verschlossen sind.

Von den 400 000 Bäumen, auf die das «steinerne Berlin» mit Recht stolz war, fielen 160 000 den Einwirkungen des Krieges oder den Winternöten zum Opfer. Nun wird eine planvolle *Neubegrünung* betrieben. Der heute vollkommen kahle Tiergarten soll ebenfalls wiederaufgeforstet werden. Als schönes Zeichen der Verbundenheit westdeutscher Städte hat Bremen allein 30 000 Baumpflanzen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Alle Massnahmen für den Wiederaufbau Berlins — eine beinahe übermenschliche Aufgabe — hängen davon ab, ob es früher oder später wieder Hauptstadt eines geeinten Deutschland wird. Der unerbittliche Kampf, der während elf Monaten um diese Schicksalsstadt geführt wurde, hat bewiesen, welche Bedeutung Ost und West ihrem Besitz beimessen.

Welche Grösse soll Berlin inskünftig haben? Vorsichtige Schätzungen kommen auf 3 bis 3,5 Millionen, das Mittel zwischen einst und heute. Diese Zahl ermöglicht einerseits eine wirtschaftliche Ausnützung des vorhandenen Organismus mit seinen vielfältigen Einrichtungen, andererseits entsteht so die nötige Auflockerung und Weiträumigkeit. Für den *Neuaufbau* — ein Wiederaufbau verbietet sich hier sogar wie in Stuttgart oder in der Frankfurter Altstadt — werden Jahrzehnte nötig sein. Er erfolgt notgedrungen innerhalb der zerstörten Räume, denn von den unterirdischen Anlagen sind noch 95 %, von den oberirdischen 60 bis 70 % vorhanden. Zudem ist eine Verlegung aus dem frühern Verkehrsgefüge heraus kaum denkbar.

Die Richtlinien dafür sind enthalten in dem von Stadtrat Karl Bonatz — dem Bruder des ehemaligen Stuttgarter Hochschullehrers Paul Bonatz — aufgestellten Plan Berlin 1948<sup>11)</sup>. Dieser fusst auf folgenden Ueberlegungen (Bild 14):

Zunächst gilt es, den etwa der Stadt des 18. Jahrhunderts entsprechenden Kern deutlicher aus dem unübersehbaren Häusermeer herauszuschälen. Dieses Geviert von 2 bis 3 km Seitenlänge ist von einer innersten Ringstrasse umschlossen, die sich frei an vorhandene Strassenzüge anlehnt. Auf sie münden von aussen wie auf einen natürlichen alten Wall die von allen Richtungen zusammenlaufenden grossen Ueberlandstrassen. Dieser engere Bezirk wird durch die geplante Ringstrasse vom Schnellverkehr entlastet. Er ist wie geschaffen, das neue geistige und wirtschaftliche Zentrum (Verwaltung, Kultbauten, Geschäftsleben) aufzunehmen. So können Unter den Linden, Friedrichstrasse und Leipziger Strasse durch neue Parallelstrassen entlastet und vorwiegend zu Verkaufsstrassen werden. Zusammen mit dem «Ring» sind sie die repräsentativen Strassenzüge der Stadt. Die Ausbildung der Schnittpunkte führt zu grosszügigen, räumlich schönen Platzlösungen.

Die bisher zu stark überbauten innern Stadtviertel sollen eine Auflockerung und *Entkernung* erfahren. Rund 800 000 Menschen wären allmählich nach aussen umzusiedeln. Durch Schaffung neuer oder Ausbau vorhandener Zentren würde das Stadtgefüge an geeigneten Stellen gewisse Schwerpunkte erhalten. Bei der Zerlegung dieser Riesenstadt fällt den Grünflächen eine wichtige Rolle zu. Durch Einbeziehung der Landschaft soll das steinerne Meer aufgespalten und gegliedert werden. In den stark zerstörten Stadtgegenden bietet sich auch für Berlin eine Fülle neuer Möglichkeiten. Eine grosse Bedeutung kommt schon der Begrünung der Ufer der Spree und der zahlreichen Kanäle zu.

Auch die *Eisenbahnverhältnisse* rufen einer Neuordnung. Nach sorgfältigen Studien wurde wegen der enormen technischen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Schwierigkeiten auf eine direkte Nord-Süd-Verbindung verzichtet, dagegen ein

<sup>9)</sup> Siehe «Plan» 1950, Heft 4.

<sup>10)</sup> Walter Niklitz, Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen: «Die Bausorgen Berlins». Referat am Deutschen Städtetag 1950.

<sup>11)</sup> Vgl. Karl Bonatz: Der Plan Berlin 1948 in «Die neue Stadt» 1949, Heft 3.

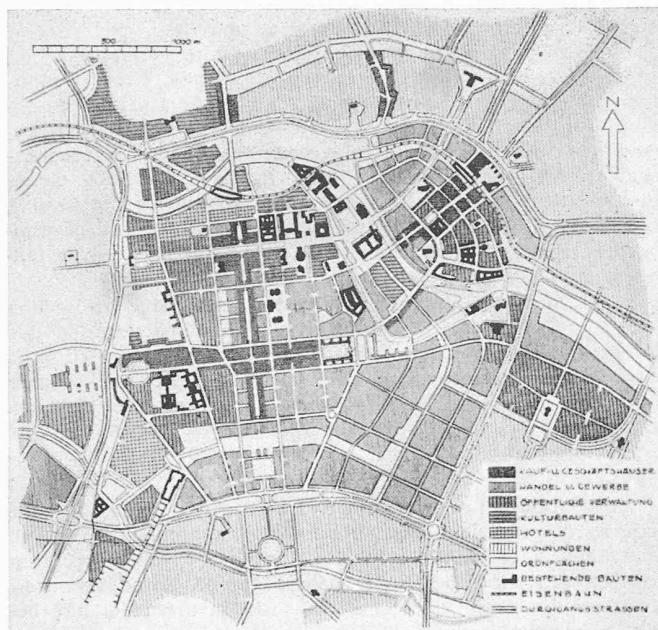


Bild 14. Berlin, Vorschlag von K. Bonatz für die Neugestaltung der Innenstadt, 1:50000. Cliché nach «Die Neue Stadt» 1949, Nr. 3

Oben: Spree, Stadtbahn mit Bahnhof Friedrichstrasse und «Unter den Linden»

Mitte: Potsdamerplatz und Leipzigerstrasse, im rechten Winkel dazu die Wilhelmstrasse und die Friedrichstrasse

Unten: der Anhalterbahnhof und das ehemalige Hallesche Tor; der Potsdamerbahnhof wird anscheinend aufgehoben

besserer Anschluss der Fernverbindungen an das bestehende Netz ins Auge gefasst.

Die Berliner Stadtplanung, die eigentlich eine Regionalplanung im Grossen, ja dem Umfang nach schon eine Art Landesplanung darstellt, ist nicht denkbar ohne eine *Anschlussplanung* an diejenige des Landes Brandenburg.

Alle diese Wünsche stehen heute in drastischem Missverhältnis zu den vorhandenen Möglichkeiten. Doch bedeuten die Vorschläge von Bonatz eine wichtige und sehr verdienstvolle Vorarbeit. Sie stellen, gemessen etwa an den vom Seinepräfekten Haussmann im Pariser Stadtbild des dritten Kaiserreiches vorgenommenen Eingriffen, durchaus keine Utopien, sondern sehr massvolle Vorschläge dar. Ihre Durchführung aber bleibt einer fernern, glücklichen Zukunft vorbehalten.

## Wohnungsbau

Das *Wohnproblem* ist eines der schwierigsten im Nachkriegsdeutschland. Die Zerstörungen an Wohnsubstanz, die Sorge um die Unterbringung der zahlreichen Rückwanderer und Heimatvertriebenen und die jahrelange Stagnation der Bautätigkeit auf diesem Gebiet liessen den Bedarf an Wohnraum in eine schwindelhafte Höhe emporschnellen.

Wildermuth, der Bundesminister für Wohnungsbau, schätzt den *Wohnungsbedarf* auf 5 bis 6 Millionen. Nach dem ersten Weltkrieg betrug dieser nur die Hälfte (1 Mio Fehlbestand, 2 Mio Neubedarf). Die Weimarer Republik wurde dieser Schwierigkeiten in zehn Jahren Herr mit einem Aufwand von 31 Milliarden RM. Seit 1945 wurden bereits wieder 500 000 Wohnungen erstellt, für das Jahr 1950 sind 250 bis 300 000 vorgesehen.

Das vom Bundestag am 28. März 1950 angenommene erste *Deutsche Wohnungsbaugesetz* rechnet mit dem Bau von 1,8 Mio Wohnungen im Laufe von sechs Jahren. 50 % der für langfristige Anlagen bestimmten Mittel sollen dem Wohnungsbau zufließen. Damit ist dem Baugewerbe auf Jahre hinaus Beschäftigung geboten. Die Arbeitskräfte warten nur auf den Einsatz, Baustoffe sind wieder in ausreichender Menge und guter Qualität erhältlich.

Das erwähnte Gesetz bringt folgende Regelung:

### 1. Öffentlich gefördertes Bauen:

Voraussetzungen: Wohnungsgrösse: 32 bis 65 m<sup>2</sup> (Ausnahmen bis 120 m<sup>2</sup>), Mieten: 1 bis 1,1 DM pro m<sup>2</sup> im Monat.

Vergünstigungen: Gewährung zinsverbilligter oder zinsloser Darlehen, Befreiung von der Grundsteuer auf zehn Jahre, Mieterschutz.

### 2. Steuerbegünstigter Wohnungsbau:

Voraussetzungen: Wohnungsgrösse: bis zu 80 m<sup>2</sup> (Ausnahmen bis 120 m<sup>2</sup>), Mieten: bis 1,5 DM pro m<sup>2</sup> monatlich.

Vergünstigungen: keine öffentlichen Baudarlehen, doch Befreiung von der Grundsteuer auf zehn Jahre, beschränkter Mieterschutz.

### 3. Frei finanzierter Wohnungsbau:

Keine Beschränkungen hinsichtlich Wohnfläche und Mietzins, für neu abgeschlossene Mieten kein Mieterschutz.

Eine kräftige Förderung erfuhr der Wohnungsbau neben den *gemeinnützigen Wohnbauunternehmungen* vor allem durch die sogenannten *Selbsthilfe-Organisationen*. Von einzelnen Wohnungssuchenden wurden bis 1500 und mehr Selbsthilfe-Arbeitsstunden geleistet<sup>12)</sup>.

Die bisherigen Leistungen werden durchaus kritisch beurteilt. So nennt Ministerialdirektor Prof. Dr. Weisser/Düsseldorf, der Präsident des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, als Ursachen für das Ausbleiben des erhofften Erfolges<sup>12)</sup>: a) Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte würden nicht voll ausgenutzt; b) Wohnungsproduktion ohne öffentliche Hilfe sei nicht rentabel; c) der verfügbare Bestand an Kapital sei zu klein; d) die private Initiative werde durch behördliche Organisation erschwert; e) eine verfehlte Geldpolitik.

Zur *Baustofffrage* macht Prof. Dr. Ing. Rappaport/Essen der durch seine Vorträge auch in der Schweiz bekannt ist einige interessante Feststellungen: einerseits liege es nahe die sogenannten *Trümmerbaustoffe* (Schüttbauweise und Fertigplatten) auszuwerten, andererseits sei deutlich ein Festhalten am überlieferten Material wahrzunehmen. Weder *Stahl* dessen Produktion beschränkt sei, noch *Holz*, eine Mangelware ersten Ranges, komme in grossen Mengen in Frage, *Neue Baustoffe* seien am ehesten in der Gruppe «Steine und Erden» zu finden<sup>13)</sup>.

Rappaport warnt vor Provisorien: «Alles Einstweilige ist vom Uebel. Deutschland ist viel zu arm, um zweimal aufgebaut zu werden».

Der Wiederaufbau und die Wohnungsfrage sind stark beeinflusst durch das Problem der *Flüchtlinge und Heimatvertriebenen*. Am prekärsten ist die Lage in Schleswig-Holstein. Dort ist die Bevölkerungsdichte von 101 pro km<sup>2</sup> im Jahre 1939 auf 165 im Jahre 1945, ja sogar auf 171 im Jahre 1948 gestiegen<sup>14)</sup>. In verschiedenen ländlichen Kreisen überwiegt der Zustrom die alteingesessene Bevölkerung. Die daraus erwachsenden sozialen und politischen Spannungen bilden mehr und mehr eine ernste Sorge.

Eine dauernde Lösung ist nur denkbar innerhalb einer *Raumplanung*, im Rahmen der Landes- und Regionalplanung.

NB. Der Architekt der Pädagogischen Akademie in Frankfurt (Bild 12 auf Seite 683) ist GERHARD WEBER.

(Schluss folgt)

## Wettbewerb für eine Schulhausanlage im Dägelsteinfeld in Sursee

DK 727.1 (494.27)

Mit der Veröffentlichung nachstehender Zuschrift schliessen wir die interessante Diskussion um dieses Thema. Red.

In der Schweiz. Bauzeitung 1950, Nr. 47, S. 653, äussert sich Kollege Arch. J. Padrutt, Zürich, als Antwort auf den Begleittext der Redaktion zur Veröffentlichung des Wettbewerbsergebnisses in kritischer Weise zum erstprämiierten Entwurf. Seine Äusserungen bedürfen der Klarstellung, da sie den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werden und ungenügende Kenntnis derselben verraten.

Offenbar ist es dem Kritiker entgangen, dass er verschiedenes nicht richtig betrachtet und irrtümlich gedeutet hat. Die Klassen der Mittelschule sind nicht in vier, sondern in drei Geschossen untergebracht. Die Geländeverhältnisse gestatten die Freilegung eines niedrigen Untergeschosses auf der Südseite. Die dort vorgeschlagene offene Halle als Verbindung zum Garten und zur Turnhalle — an diesem Verbindungsweg

<sup>12)</sup> Weisser: Wünsche und Wirklichkeit des sozialen Wohnungsbaues in Westdeutschland, Vortrag Nürnberg 1949.

<sup>13)</sup> Rappaport: Wünsche und Wirklichkeit des deutschen Wiederaufbaues, Vortrag Nürnberg 1949.

<sup>14)</sup> Franken: Die Ueberfüllung ländlicher Räume, Vortrag Marburg 1949. — Diese letzten drei Arbeiten sind erschienen als Heft I bis III der «Schriften» des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Frankfurt 1949.